

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen



Från vänster Bruno Kreisky och hustrun Vera Fürth tillsammans med kamrater under exilären i Sverige.
Foto: Verein für Geschichte der Arbeiterinnenbewegung

Bruno Kreisky

Bruno Kreisky (1911–1990) född och uppvuxen i Wien. Han engagerade sig tidigt i den socialdemokratiska rörelsen. Under åren 1939–1946 levde han som politisk flykting i Sverige där han arbetade för Kooperationen. År 1944 flyttade familjen Kreisky in på Blekingegatan 57 där den bodde i fyra år.

Efter andra världskriget arbetade Bruno Kreisky på Österrikes ambassad i Sverige innan han återvände till Wien där han åren 1959–1966 var utrikesminister. 1967 valdes han till ordförande i det socialdemokratiska partiet, SPÖ. Som Österrikes förbundskansler 1970–1983 var Kreisky med och präglade Europas efterkrigspolitik.

Arbetarnas Kulturhistoriska Sällskap

Bruno Kreisky (1911-1990) ist in Wien geboren und aufgewachsen. Er engagierte sich schon früh in der sozialdemokratischen Bewegung. In den Jahren 1939-1946 lebte er als politischer Flüchtling in Stockholm und arbeitete für die Konsumgenossenschaft. Im Jahr 1944 zog die Familie Kreisky in die Blekingestraße 57 und wohnte dort vier Jahre lang.

Nach dem Zweiten Weltkrieg arbeitete Bruno Kreisky an der österreichischen Botschaft in Schweden, bevor er nach Wien zurückkehrte und dort von 1959 bis 1966 Außenminister war. 1967 wurde er zum Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei SPÖ gewählt. Als österreichischer Bundeskanzler von 1970 bis 1983 war Kreisky einer der Politiker, die die europäische Nachkriegspolitik prägten.

Gesellschaft der Arbeiterkultur

Eine Gedenktafel für Bruno Kreisky

Genossin **Kjersti Bosdotter** aus Stockholm war die treibende Kraft zur Schaffung der **Gedenktafel für Bruno Kreisky**. Die Gesellschaft der Arbeiterkultur, deren Vorsitzende sie ist, wurde 1926 gegründet, um die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung zu bewahren und die Kenntnis vom Kulturerbe der ArbeiterInnenklasse zu verbreiten. Die ungefähr 800 Mitglieder sind natürliche Personen und gewerkschaftliche und politische Organisationen.

Zusammen mit dem Archiv der Arbeiterbewegung führt man Seminare, historische Stadtwanderungen und Studienreisen durch, etwa 2016 eine Woche ins Rote Wien. Jedes Jahr produzieren sie ein Buch zu Themen der ArbeiterInnenbewegung. Aktuell initiieren sie Denkmäler bzw. Gedenktafeln – für Agda Östlund, die erste Frau im schwedischen Parlament, am Haus in dem das schwedische Hilfskomitee für die Internationalen Brigaden in Spanien

arbeitete, am Haus in dem die Sozialdemokratische Arbeiterpartei 1889 gegründet wurde – und nun am ehemaligen Wohnhaus von Bruno Kreisky. Die Enthüllung am 9. Jänner 2020 erfolgte durch höchste sozialdemokratische Prominenz: Ein ehemaliger und der aktuelle Ministerpräsident. Die Genossen betonten die große Bedeutung **Bruno Kreiskys** und die enge Verbindung zwischen schwedischer und österreichischer Sozialdemokratie. Weitere Tafeln für politische Flüchtlinge im schwedischen Exil sollen folgen.



Kjersti Bosdotter

Von links: Ex-Ministerpräsident Ingvar Carlsson, Ulla Löfven und Ministerpräsident Stefan Löfven

Wir schicken aus Wien ein großes „Tack“ nach Stockholm!

Gerald Netzl ■

Aktuelles aus Wien

Der Wiener Landesverband hält jedes Jahr sieben Vorstandssitzungen ab. Dort wird berichtet, informiert, diskutiert, organisiert etc. – was eben bei Vorstandssitzungen passiert. Am 22. Jänner waren zwei liebe Gäste geladen, um sich und ihre Organisationen vorzustellen und um unsere Genossinnen und Genossen kennenzulernen.

Dagmar Schindler ist Wiener Vorsitzende des KZ-Verbands / Verband der AntifaschistInnen, WiderstandskämpferInnen und Opfer des Faschismus, Gerhard Kastelic ist Vorsitzender des Kuratoriums der ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekennere für Österreich. Auf Bundesebene arbeiten die FreiheitskämpferInnen mit beiden Organisationen in der Arge der NS-Opferverbände und WiderstandskämpferInnen Österreichs sehr gut zusammen, Gleiches gilt für die Landesebene.



Ingrid Antes

Dem KZ-Verband Wien ist die Gedenk- und Erinnerungskultur (12.2., 8.5., 13.3., 1.11.) genauso wichtig wie die aktive Antifa-Arbeit.

Von links: Dagmar Schindler, Gerald Netzl und Gerhard Kastelic

Deshalb übernimmt man die behördliche Anmeldung der Kundgebungen der Offensive gegen Rechts (gegen Akademikerball, Identitären-Demo am Kahlenberg etc.) oder fährt nach Kärnten zu den Kundgebungen gegen die Ustaša-Treffen. Der KZ-Verband ist Mitglied des internationalen Bundes der Widerstandskämpfer F. I. R. (Fédération Internationale des Résistants). Ein erfolgreiches Projekt der jüngsten Vergangenheit sind die Tafeln am Friedhof in Hadersdorf am Kamp, wo endlich die Namen der 1945 von der SS Ermordeten sichtbar sind. Dagmar bezeichnete das „**Nie wieder!**“ als „die große gemeinsame Klammer“ unserer drei Organisationen.

Das Kuratorium der ÖVP-Kameradschaft ist der Dachverband der neun Landesverbände, die jeweils eigenen Vereinsstatus haben. Man sieht sich als Vertretung der Interessen der vor allem aus katholischen und bürgerlichen Kreisen stammenden Opfer des Nationalsozialismus. Gerhard Kastelic, sein Vater Jakob wurde am 2. August 1944 im Landesgericht Wien geköpft, stellte fest, dass alle drei Verbände im Rahmen der Opferfürsorge viel für die Betroffenen erreicht hätten. Heute beziehen noch etwa 1.000 Personen eine Opferrente, überwiegend Kärntner SlowenInnen. Es ist die Aufgabe unserer Verbände unermüdlich daran zu erinnern, dass es ohne den aktiven Widerstand von ÖsterreicherInnen gegen den Nationalsozialismus das unabhängige, demokratische Österreich in der heutigen Form nicht gäbe.

Gerald Netzl ■

Währing erinnert an Hermann Klepell

Klepell war Mitglied der Wiener Widerstandsgruppe Maier-Messner-Caldonazzi gegen den Nationalsozialismus.



Von links: Robert Zöchling, Erika Heger, SPÖ Währing-Vorsitzender Andreas Höferl und Herbert Bichl

Als Soldat der Wehrmacht hat er Kartenmaterial besorgt, um Bombenangriffe der Alliierten gezielter gegen militärische Ziele lenken zu können. Auch bei der Flucht gefangener alliierter Soldaten hat die Gruppe geholfen. Hermann Klepell war Sohn des ersten sozialdemokratischen Bezirksvorstehers von Wien-Währing August Klepell 1919-1934, er wurde am 28. Oktober 1944 verhaftet und starb am 22. März 1945 als einer der Allerletzten im Landesgericht I unter dem Fallbeil. Er war erst 26 Jahre alt. Die Tafel wurde im 18. Bezirk beim

Gemeindebau Gersthofer Straße 75-77 errichtet, wo Klepell in unmittelbarer Nähe gewohnt und sein Vater ein Gasthaus hatte.

Die Initiative zu diesem Denkmal hatte unser Genosse Herbert Bichl, der ehemalige Präsident des Währinger Museumsvereins. Für die Erhaltung sorgt der Kulturverein Initiative Währing, vertreten durch unsere Genossin Erika Heger. Unterstützt hat die Errichtung auch der Bezirk, vertreten durch Bezirksvorsteherin-Stellvertreter Robert Zöchling (GRÜNE).

Andreas Höferl ■

Schwerer Verlust für Hernals

Am 17. Jänner 2020 ist unsere Genossin **Hannelore Hoyda** unerwartet verstorben. Gin. Hoyda war jahrelang aktive SPÖ-Funktionärin im 17. Bezirk. Sie engagierte sich leidenschaft-



privat

Wir trauern um Hannelore Hoyda

lich für die FreiheitskämpferInnen und die Kinderfreunde Hernals und war von 1998 bis 2017 Vorsitzende der Sektion 15. Von 2001 bis 2015 war sie als Bezirksrätin tätig. Im Jahr 2006 wurde sie für ihr Engagement mit der Viktor-Adler-Plakette geehrt.

Ein schwerer Verlust für die Bezirksgruppe Hernals, wo Hannelore Seite an Seite mit dem 2019 verstorbenen Peter Ulrich „Ulo“ Lehner für den Antifaschismus gewirkt hat. Bezirksvorsteherin Ilse Pfeffer fand sehr schöne Worte bei der Verabschiedung, wo sie speziell Hannelores Engagement in unserem Bund würdigte. Wir werden Hannelore ein ehrendes Andenken bewahren.

Otto Bauer-Plakette an Gerald Netzl verliehen

Am 3. März überreichte Doris Bures Gerald Netzl auf der Konferenz der SPÖ Liesing die Otto Bauer-Plakette. Erste Gratulanten waren Eduard Giffinger und Kira Höfenstock, Vorgänger bzw. Nachfolgerin als Vorsitzende der Bezirksgruppe. Genosse Netzl trat schon während seiner Zeit in der Sozialistischen Jugend unserem Bund bei und war langjährig stellvertretender Bezirksvorsitzender. Seit 2014 bekleidet er die Funktionen als Wiener Landesvorsitzender und stellvertretender Bundesvorsitzender. Er verfasste mehrere regionalhistorische Broschüren, etwa zum 12. Februar 1934, dem 9. November 1938, Spanienkämpfern aus Liesing sowie Widerstand und Verfolgung in seinem Heimatbezirk und schuf dort Gedenktafeln. Viel Freude macht ihm die Mitarbeit an unserer Zeitung.



Doris Bures, Eduard Giffinger, Gerald Netzl und Kira Höfenstock

Zentrales Anliegen ist Gerald Netzl die Aufklärungs- und Bildungsarbeit junger Menschen und die Gewinnung neuer Mitglieder: „Die Zeitzeugengeneration hat den Austrofaschismus und Nationalsozialismus noch lebhaftig erlebt und durchlitten. Heute wird der Antifaschismus von denen getragen, die an das, was falsch war, erinnern wollen und daran, wie der Faschismus zustande kam. Unsere Aufgabe ist es, die Erinnerung an den Faschismus, seine Akteure und Profiteure, ebenso wachzuhalten, wie an die Verfolgung und den Widerstand und seine Träger. Unsere Aufgabe ist es, die Erfahrungen, die die Überlebenden uns vermittelt haben, in die gesellschaftliche Diskussion einzubringen und überall aufzustehen, wo Faschisten und Verharmloser auftreten“, so Gerald Netzl. Die Redaktion gratuliert herzlich!

Arbeitsgemeinschaft zu Gast in der Hofburg

Bundespräsident Alexander Van der Bellen lud am 16. Jänner Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der NS-Opferverbände und Widerstandskämpfer/innen Österreichs (kurz: Arge) in die Hofburg ein. Friedl Garscha (KZ-Verband, links im Bild), Gerhard Kastelic (ÖVP-Kameradschaft, rechts im Bild) und der ggf. Bundesvorsitzende der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen Gerald Netzl waren über das Interesse des Staatsoberhauptes an unseren Aufgaben hoch erfreut.

Man präsentierte die Arbeit sowohl der Arge als auch der drei Verbände und lud ihn ein, am 27. April 2020 in der Gruppe 40 des Zentralfriedhofes gemeinsam an die hingerichteten AktivistInnen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus und an 75 Jahre Unabhängigkeitserklärung zu erinnern. Alexander Van der Bellen hat nicht nur seine Teilnahme zugesagt, sondern auch, eine Rede bei der Gedenkveranstaltung halten zu wollen.



Friedl Garscha (links im Bild), Gerhard Kastelic (rechts im Bild) und Gerald Netzl waren über Van der Bellens Interesse an der antifaschistischen Arbeit der Arge sehr erfreut

Gerald Netzl informierte, dass die Bekämpfung des Rechtsextremismus zu den historischen – und leider noch immer aktuellen – Hauptaufgaben unseres Bundes zählt.

Deshalb sind wir froh, dass die FPÖ nicht mehr der Bundesregierung angehört. Netzl dankte dem Staatsoberhaupt für sein Handeln in der Zeit seit Bekanntwerden des Ibiza-Videos. Er übergab ein Exemplar unseres Buchs „Niemals vergessen!“, in dem der Bundespräsident interessiert blätterte. Alexander Van der Bellen fragte nach den Bemühungen der AntifaschistInnen, das leidige Faschistentreffen, welches jedes Jahr im Mai in Kärnten in Form einer „Gedenkveranstaltung“ am Loibacher Feld/Libuško polje in Bleiburg/Pliberk („Ustaša-Treffen“) stattfindet, zu verhindern. Seine Sympathien sind auch in dieser Frage bei uns. Erfreuliches Resümee des Treffens: In der Hofburg amtiert ein zuverlässiger Antifaschist. Gerald Netzl ■

Ehrengrab für Nazi Schmid verlängert

Am 5. Dezember 2019 beschloss der Kulturausschuss des Gemeinderats der Stadt Salzburg mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und FPÖ die Verlängerung des Ehrengrabes auf dem Salzburger Kommunalfriedhof für Hans Schmid um weitere 30 Jahre. Dagegen stimmten die Bürgerliste (Grünen) und NEOS. Schmid komponierte 1915 den Regimentsmarsch des ehemaligen k.u.k. Infanterieregimentes Nr. 59 Erzherzog Rainer („Rainer-Marsch“), der den Status einer inoffiziellen zweiten Landeshymne hat. Er erhielt am 1. Mai 1938 eine Mitgliedsnummer der NSDAP für jene Personen, die sich zwischen 1933 bis 1938, also in der Zeit des Austrofaschismus, für die damals in Österreich verbotene illegale Nazipartei eingesetzt haben. Die für die weitere Erhaltung des Ehrengrabes anfallenden Kosten für die Stadtgemeinde Salzburg betragen über € 25.000.



Im Salzburger Gemeinderat wurde die Erhaltung des Ehrengrabes für den Nazi Hans Schmid beschlossen – leider auch mit den Stimmen der SPÖ

Unmittelbar nach Bekanntwerden des skandalösen Beschlusses haben der Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen und der KZ-Verband, die im Vorfeld dagegen mobilisierten und protestierten, zu einer Spendenaktion für die Pflege eines Grabes einer Sinti-Familie aufgerufen.

Der Großteil der Familienmitglieder wurde nach der Auflösung des KZ-Auschwitz von den Nazis ermordet (IBAN AT47 1500 0002 1116 7101).

Es ist für uns FreiheitskämpferInnen nicht verständlich, wenn die Salzburger Stadt-SPÖ der Verlängerung des „Unehrengrabes“ für Schmid zugestimmt hat. Die Zustimmung erachten wir als schädliches Beispiel für die notwendige antifaschistische Aufklärungsarbeit der Jugend.

Ali Kohlbacher ■



Fragezeichen zum Regierungsprogramm

Am 26. Februar beschäftigte sich der Bundesvorstand intensiv mit den Vorhaben und Ankündigungen des aktuellen Regierungsprogramms, soweit Aufgaben und Tätigkeit der sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen berührt werden. Brigitte Pellar analysierte die Themenkreise „Gedenk- und Erinnerungskultur“, „Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ sowie „Rechtsstaatlichkeit, Grund- und Menschenrechte“.

Als Gesamteindruck konnte festgestellt werden, dass neben einigen begrüßenswerten konkreten Maßnahmen wenig konkrete allgemeine Ankündigungen zu finden sind und darüber hinaus, wie ja bekannt, grund- und menschenrechtlich problematische Projekte der Regierung Kurz I übernommen wurden. Zudem scheinen auch hinsichtlich der positiven Maßnahmen keine klaren Finanzierungspläne auf. Hier seien einige der diskutierten Themen herausgegriffen: Erfreulich sind die angekündigte Aufwertung des Gedenkdienstes und die „Stärkung“ seiner Trägerorganisationen, wobei allerdings die konkrete Nennung der Trägerorganisationen fehlt. Fix dürfte der Ankauf der Gedenkstätte Gusen durch die Republik sein, wobei auch hier offengelassen wird, wie die „Weiterentwicklung“ der Gedenkstätte erfolgen soll. An dieser Stelle sei vermerkt, dass das Mauthausenkomitee Österreich (MKÖ) weder in diesem Zusammenhang noch mit den schulischen Erinnerungsprojekten als Kooperationspartner Erwähnung findet. Die Absicht, dafür zu sorgen, dass jede/r Jugendliche während ihrer/seiner Schullaufbahn einmal Mauthausen besucht, ist zwar zu begrüßen, aber dabei sollte bedacht werden, dass ein Mauthausen-Besuch nur dann zu mehr Demokratie- und Menschenrechtsbewusstsein beitragen kann, wenn eine ausreichende Vorbereitungsmöglichkeit zur Verfügung steht und Freiwilligkeit gegeben ist. Hinsichtlich der Ziele und Auswirkungen völlig un-durchschaubar erscheint der Plan, „die unterschiedlichen Rechtsträger der österreichischen Gedenkstätten, Sammlungen und Museen unter dem Dach des Parlaments zusammenzuführen und die dauerhafte Finanzierung sicherzustellen“.

Uneingeschränkt ist zu begrüßen, dass die Entwicklung der Burschenschaften wieder in den vom



Marco Gebhart

Kurt Heinrich, Laurien Scheinecker, Gerald Netzl, SPÖ-Bundesgeschäftsführer Deutsch und Brigitte Pellar

Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) zu erstellen und dem Parlament vom Innenministerium vorzulegenden Extremismus-Bericht aufgenommen wird. Auch die geplante Verschärfung des NS-Verbotsgesetzes etwa durch Strafbarkeit verharmlosender Äußerungen und des Verbots von NS-Symbolen nach einer „Evaluierung“ des Abzeichen-Gesetzes stellen Fortschritte dar. Wieder unbeachtet bleibt aber die Forderung, auch nicht-nationalsozialistische faschistische Symbole zu verbieten, etwa jene der kroatischen Ustascha, die im Gegensatz zu Kroatien selbst in Österreich offen zur Schau gestellt werden können. Die Absicht, das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW) zu „stärken“ und damit unabhängig von Regierungskoalitionen außer Streit zu stellen, ist selbstverständlich als positiv zu bewerten. Allerdings muss hinterfragt werden, wozu dort eine „Forschungsstelle Rechts-Extremismus und Antisemitismus“ eingerichtet werden soll, da diese

Forschungsarbeit bereits derzeit vom DÖW ausgezeichnet geleistet wird.

Die für das DÖW vorgesehene Rolle hängt offensichtlich mit dem äußerst problematischen Extremismus-Ansatz zusammen, der das gesamte Regierungsprogramm durchzieht: Dem Kampf gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus wird als zweiter und besonders betonter Schwerpunkt die „Bekämpfung des religiös motivierten politischen Extremismus (politischer Islam)“ gegenübergestellt, seine Beobachtung soll einer eigenen nach dem Muster des DÖW eingerichteten Forschungsstelle obliegen. Hier wird der Extremismus einer Minderheit innerhalb einer der großen Weltreligionen angeprangert, während der historische und aktuelle Extremismus anderer religiöser Gruppen ebenso wenig angesprochen ist wie der antimuslimische Rassismus. Der Bericht über den „politischen Islam“ soll ein

wesentlicher Bestandteil des BVT-Extremismus-Berichts werden, während der Rechtsextremismus-Bericht an den Verein DÖW ausgelagert werden soll, was einen unterschiedlichen Stellenwert für die parlamentarische Beratung signalisieren könnte.

Bereits unter JuristInnen und öffentlich heftig diskutiert und auch von uns FreiheitskämpferInnen abgelehnt sind zwei von der Regierung Kurz I übernommene Projekte: Die aus rechtsstaatlicher Sicht bedenkliche und bereits realisierte Abschaffung unabhängiger Rechtsberatung im Asylverfahren und der Plan einer „Sicherungshaft“ für als GefährderInnen eingestufte AsylwerberInnen, auch wenn diese noch keine Straftat begangen haben. Sie kann allerdings nur eingeführt werden, wenn sie durch eine Verfassungsänderung mit Zweidrittelmehrheit auch für österreichische StaatsbürgerInnen gilt, was hoffen lässt, dass sie verhindert werden kann.

Brigitte Pellar ■



Kein Spiel mit dem Feuer!

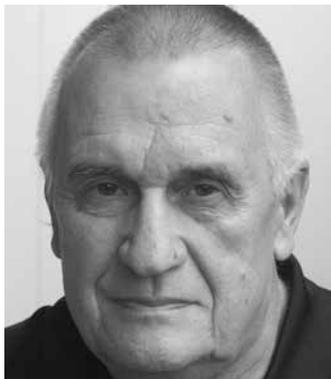
Genosse Wilhelm L. Anděl hat dem „Kämpfer“ einen Artikel über die Sicherungshaft von Türkis-Grün zur Verfügung gestellt, der auch in der „Wohnpark Alterlaa Zeitung“ (WAZ) erschienen ist.

Es „soll ein zusätzlicher, verfassungskonformer Hafttatbestand (Sicherungshaft zum Schutz der Allgemeinheit) eingeführt werden für Personen, bei denen die Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie die öffentliche Sicherheit gefährden...“ (Regierungsprogramm 2020-2024, S. 199).

Im §1 der österreichischen Anhalteverordnung (1933) hieß es „...können Personen, die im begründeten Verdacht stehen, staatsfeindliche oder sonstige die öffentliche Sicherheit gefährdende Handlungen vorzubereiten oder die Begehung oder die Vorbereitung solcher Handlungen zu begünstigen, zu fördern oder dazu zu ermutigen, zwecks Hintanhaltung von Störungen der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit zum Aufenthalt in einem bestimmten Gebiet oder Ort verhalten“ werden. Dazu wurden „Anhaltelager“ wie in Wöllersdorf eingerichtet, der Gebrauch der Bezeichnung „Konzentrationslager“ war allen Behörden in Österreich strikt untersagt.

Einem Bruder meines Vaters wurde 1934 als unverbesserlichem Sozialdemokraten, und daher potenziellen Gefährder der austrofaschistischen öffentlichen Ordnung, der „Aufenthalt“ in Wöllersdorf verordnet.

Vier Jahre später, am 1. April 1938, wurde der Direktor des niederösterreichischen Bauernbundes gemeinsam mit 149 anderen „Prominenten“ am Westbahnhof im „1. Österreichertransport nach Dachau“ in das deutsche KZ verbracht. Sein Vergehen: er war bekennender Österreicher und damit potenzieller Gefährder der NS-Ordnung. Sein Name: Dipl.-Ing. Leopold Figl, Nummer auf der Gestapo-Liste: 143.



Wilhelm L. Anděl

Mehr von Wilhelm L. Anděl unter w-andel.blog.

und unermüdliche Mahnerinnen und Mahner. Und Erich Kästners wurde in seiner Ansprache auf der Hamburger PEN-Tagung am 10. Mai 1958 sehr konkret:

„Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät. Man darf nicht warten, bis der Freiheitskampf Landesverrat genannt wird. Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist. Man muss den rollenden Schneeball zertreten. Die Lawine hält keiner mehr auf. Sie ruht erst, wenn sie alles unter sich begraben hat. Das ist die Lehre, das ist das Fazit dessen, was uns 1933 widerfuhr. Das ist der Schluss, den wir aus unseren Erfahrungen ziehen müssen.“

Wilhelm L. Anděl ■

25 Jahre Gedenken an Roma-Attentat von Oberwart

In der Nacht von 4. auf den 5. Februar 1995 wurde eines der schlimmsten rassistisch motivierten Attentate in Österreich nach 1945 begangen. Peter Sarközi, Josef Simon sowie die Brüder Erwin und Karl Horvath wollten eine Tafel mit der Aufschrift „Roma zurück nach Indien“, die in der Nähe der Roma-Siedlung aufgestellt war, entfernen. Im Rohrgestänge befand sich eine Bombe, die die vier Roma-Männer tötete. Gebaut wurde die Bombe vom Südsteirer Franz Fuchs, der im Namen einer



kv-roma

Gedenkstätte in Erinnerung an die Opfer des Anschlags

„Bajuwarischen Befreiungsarmee“ zwischen 1993 und 1997 rassistisch und völkisch motivierte Brief- und Rohrbombenanschläge verübte. Er wurde im Oktober 1997 bei einer Verkehrskontrolle von Gendarmen verhaftet und 1999 vom Gericht zu lebenslanger Haft verurteilt. Am 26. Februar 2000 beging Fuchs in seiner Gefängniszelle Suizid.

Gedenkveranstaltung

Im Gedenken an die Opfer des Attentats fand am 4. Februar 2020 in Oberwart eine Gedenkfeier statt, zu der Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und die Leiterin der Romapastoral der Diözese Eisenstadt Manuela Horvath eingeladen hatten. In der Europäischen Mittelschule Oberwart stellten SchülerInnen, unter ihnen auch Roma-Jugendliche, die Biographien der Opfer vor, die mit einer Filmdokumentation begleitet wurden. Gerhard Baumgartner, wissenschaftlicher Leiter des DÖW, hielt eine Ansprache.



kv-roma

V.l.n.r.: Dr. Gerhard Baumgartner, Mag. Nikolaus Schermann, Direktor EMS Oberwart, SchülerInnen der EMS Oberwart und Manuela Horvath

Zu der Gedenkfeier waren auch Opfer und Adressaten der Briefbombenserie, wie etwa der frühere Caritas-Präsident Helmut Schüller, die Ex-Politikerin Terezija Stoisits und Pater August Janisch gekommen. Nach dem Gedenkakt folgte ein Schweigemarsch von der Schule zur Gedenkstätte am Ort des Attentates mit weiteren Ansprachen vom Oberwarter Bürgermeister Georg Rosner, dem Vorsitzenden des Volksgruppenbeirates der Roma, Emmerich Gärtner Horvath, der burgenländischen Landtagspräsidentin Verena Dunst sowie Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Weihbischof Franz Scharl und Superintendent Manfred Koch. Mit einer Kranzniederlegung endete die Gedenkveranstaltung.

Andreas Sarközi ■



Antifaschismus ist gemeinnützig!

Die überparteiliche Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA e. V.) ist ein 1947 gegründeter Verband mit Sitz in Berlin. Sie ging aus Zusammenschlüssen von WiderstandskämpferInnen und NS-Verfolgten hervor und ist die größte Organisation von AntifaschistInnen in Deutschland. Gerald Netzl informiert über skandalöse, besorgniserregende Vorgänge.

Mit großem Entsetzen haben wir im Herbst 2019 von der Entscheidung des Finanzamts für Körperschaften 1 des Landes Berlin Kenntnis erlangt, mit der der Bundesvereinigung der VVN-BdA die Gemeinnützigkeit entzogen wurde. Die damit verbundenen Steuernachforderungen sowie erwartbare weitere erhebliche Nachforderungen im hohen fünfstelligen Bereich waren eine existenzielle Bedrohung für die VVN-BdA. Begründet wurde das mit der „Abgabenordnung“, die besagt, dass wenn auch nur EINE Gliederung eines Verbandes in einem einzigen Verfassungsschutz-Bericht eines deutschen Bundeslandes auftaucht, ALLEN Gliederungen die Gemeinnützigkeit zu versagen ist. Der bayrische Verfassungsschutz hat die VVN-BdA Bayern als „linksextremistisch beeinflusst“ bewertet (NICHT als „extremistisch“), ein Unterschied der, wenn die deutsche Sprache noch logischen Sinn haben soll,



Die VVN-BdA, ursprünglich VVN, ging aus Zusammenschlüssen von Widerstandskämpfern und NS-Verfolgten hervor, die nach der Befreiung vom Nationalsozialismus entstanden waren

dem Finanzamt für Körperschaften 1 in Berlin auffallen hätte müssen.

Womit man beim FA, in der Berliner Finanzbehörde und im Bundesfinanzministerium offenbar nicht gerechnet hat, ist das katastrophale öffentliche Echo auf ihr gemeinsames Handeln. Widersprüchlich und unglaublich verhält sich der SPD-Finanzsenator von Berlin Matthias Kollatz. SPD-Bundesfinanzminister Olaf Scholz wiederum will nichts Böses vorgehabt haben, sondern er habe nur die anständigen Vereine „schützen“ wollen. Neben vielen anderen schrieben auch wir Mitte Dezember beiden Genossen mit der dringenden Bitte, das zu reparieren und die Gemeinnützigkeit weiter zu gewähren. Die Mails blieben unbeantwortet.

Wie Bundessekretär Thomas Willms mitteilte, ist im Jänner 2020 ist ein kleiner Teilerfolg gelungen. Die bereits angeordneten Steuernachzahlungen in fünfstelliger Höhe wurden vorerst ausgesetzt. Der (erschöpfend umfangreiche schriftliche) Widerspruch gegen den Bescheid werde noch geprüft, der „Bitte nach einem Gesprächstermin könne man aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt leider nicht nachkommen“.

Erfreulich ist, dass die mediale Berichterstattung mehr als 1.300 Menschen zum Beitritt in die VVN-BdA motivierte (das entspricht fast 20 Prozent der gesamten Mitgliederzahl!). Weltweit stehen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich für Menschenrechte, Umweltschutz und im weitesten Sinne fortschrittliche Ziele einsetzen, insbesondere in autoritär regierten Staaten unter vermehrtem Druck. Bürokratische Schikanen, insbesondere bezüglich ihrer Finanzierung sind dort eine gängige Methode ihnen das Leben schwer zu machen.

Vor diesem Hintergrund muss man die Entziehung der Gemeinnützigkeit des Bundesverbandes der VVN-BdA als einer traditionell „nervenden“ Organisation sehen. Die deutschen Kameradinnen und Kameraden haben unsere volle Solidarität!

WEBTIPP: www.vvn-bda.de

38. Verbandstag der Sozialistischen Jugend

Am 22. und 23. Februar fand im Volkshaus Neue Heimat in Linz der 38. ordentliche Verbandstag der Sozialistischen Jugend Österreich statt. Unser geschäftsführender Bundesvorsitzender Gerald Netzl war eingeladen, Grußworte an die 180 Delegierten zu richten.



Peter Drechaler

Gerald Netzl, Julia Herr und Paul Stich

„Zu sagen was ist bleibt die revolutionärste Tat“ lautete das Motto der Konferenz. Gerald Netzl, dem Anlass entsprechend im eigenen Blauhemd, nutzte die Gelegenheit, die enge Verbundenheit beider Organisationen zu betonen und die vorbildliche antifaschistische Bildungs- und Erziehungsarbeit der SJ zu loben. Auf der Straße ist sie wie keine Zweite gegen Rechts präsent. Als Dankeschön überreichte Netzl der ausscheidenden Vorsitzenden Julia Herr unser Buch „Niemals vergessen!“. Der neue Verbandsvorsitzende Paul Stich aus Floridsdorf ist seit Jahren Mitglied unseres Bundes, was auch für die Zukunft eine gedeihliche Zusammenarbeit erwarten lässt.

Die Redaktion wünscht Paul Stich und seinem Team alles erdenklich Gute für die politische Arbeit. **Freundschaft!**



1951 errichtetes VVN-Mahnmal für die Opfer der NS-Gewaltherrschaft in Gelsenkirchen



Wir erinnern uns an Hugo Pepper

Am 4. Februar wäre Hugo Pepper, Bundesvorsitzender der FreiheitskämpferInnen von 1992 bis 1995, hundert Jahre alt geworden. 2011 schrieb Gen. Peter Ulrich Lehner diese Würdigung über ihn.

In Wien geboren und aufgewachsen, erlebte Hugo Pepper als Kind die Folgen des Schattendorf-Prozesses am 15. Juli 1927 und die Kämpfe des 12. Februar 1934. Der Anblick zerschossener Gemeindebauten begründete in ihm Widerstand gegen politische Unterdrückung als Lebenshaltung. Nach der Matura 1939 studierte er Germanistik, Anglistik und Geschichte. Noch als Gymnasiast geriet er 1938 nach dem „Anschluss“ in Gestapo-Haft und wurde wegen „Geheimbündelei und Vorbereitung zum Hochverrat“ angeklagt. Das Verfahren wurde zwar eingestellt, aber er galt als „wehrunwürdig“. Leider hielt das nicht lange vor, die Nazi-Kriegsmaschinerie musste auf „Wehrunwürdige“ zurückgreifen. Hugo Pepper wurde 1940 und 1941 gegen Frankreich, Jugoslawien und die Sowjetunion in den Krieg geschickt und durch eine schwere Erkrankung kriegsuntauglich. Nach seiner Genesung „nicht felddienstfähig“, baute er als Reserveoffizier 1943 mit Kameraden eine Widerstandsgruppe auf. Sie bewahrte gefangengenommene US-Soldaten vor Exekutionen, befreite einen deutschen Offizier (der dem Widerstand angehörte) und wehrte Attacken von SS-Truppen ab.

Nach dem Krieg begann er das Studium der Staatswissenschaft und arbeitete als Werkstudent im Staatsdienst. Er gehörte 1947 zu den Gründern des sozialistischen StudentInnenkabarets „Der Rote Hund“. Im Frühjahr 1951 trat er hauptberuflich in das Bildungsreferat des ÖGB ein, wo er das Anton Hueber-Haus und die Gewerkschaftsschule leitete sowie, ab 1953 auch in der Volksbildung, als Vortragender tätig war. Er war auch im Bildungswesen der

Arbeiterkammern, der Stadt Wien und in der Katholischen Sozialakademie tätig.

Hugo Pepper hat sich seinen solidarischen Kritizismus auch gegenüber Fehlentwicklungen in der ArbeiterInnenbewegung bewahrt. Sein unerschrockener Kampf als Betriebsrat der ÖGB-Angestellten gegen die Herrschaftsallüren des damaligen Präsidenten Franz Olah führte 1962 zum Wechsel in das ÖGB-Verlagswesen. Andere GewerkschafterInnen wussten seine Qualitäten zu schätzen und wollten sein Potenzial ungeschmälert der Bewegung erhalten. Es dokumentiert sich in zahlreichen Bildungsmaterialien, seinen rund 1.300 Artikeln und 2.000 Buchbesprechungen, insgesamt 50 Büchern, deren Autor, Ko-Autor und/oder Herausgeber Hugo Pepper war, 300 Büchern, die er als Chefflektor von ÖGB- und Europaverlag betreute, und in der umsichtigen Gesamtdredaktion der Werkausgabe Otto Bauers.

Hugo Pepper erhellte den parteiichen Charakter von Wissen durch Erläuterung gesellschaftlicher Hintergründe und vermittelte Befreiungs- statt Herrschaftswissen. Seine Bildungsveranstaltungen waren stets ein Gesamtkunstwerk. Insgesamt 13 Auszeichnungen, darunter der Professorentitel, der Victor-Adler-Staatspreis für Geschichte der Arbeiterbewegung, die Otto-Bauer-Plakette unseres Bundes und das Ehrenzeichen für die Verdienste um die Befreiung Österreichs, kennzeichneten seine breite Anerkennung.

Uli Lehner † / Gerald Netzl ■



Andy Wenzel BKA/HBF

Unvergessen: Hugo Pepper

Neue Namen für Wiener Kasernen

Die zwei wichtigsten Kasernen des Bundesheeres in Wien haben neue Ehrennamen bekommen: Die Roßbauer Kaserne, Sitz des Verteidigungsministeriums, wurde zur Bernardis-Schmid-Kaserne, die Stiftskaserne zur General-Spannocchi-Kaserne.

Die Umbenennung fand am internationalen Holocaust-Gedenktag, dem 27. Jänner, statt. Oberstleutnant Robert Bernardis (1908-1944) war österreichischer Offizier in der deutschen Wehrmacht. Als Widerstandskämpfer war er wesentlich am Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 und der „Operation Walküre“ beteiligt, wofür er von den Nazis zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde. Der Wiener Unteroffizier Anton Schmid (1900-1942) war Leiter der Versprengtensammelstelle der Wehrmacht in Vilnius (Wilna), der heutigen Hauptstadt Litauens. Er versteckte zahlreiche verfolgte Jüdinnen und Juden, organisierte ihnen falsche Papiere und führte sie in die Freiheit. Nach seiner Aufdeckung wurde er zum Tode verurteilt und hingerichtet. Israel ehrte Schmid 1966 als „Gerechten der Völker“. In seinem Heimatbezirk Brigittenau erinnern bereits ein Gemeindebau und die Anton-Schmid-Promenade entlang des Donaukanals an diesen stillen Helden.

Gerald Netzl ■



Februargedenken in Wien

Die Wiener SPÖ-Bildung, FreiheitskämpferInnen, Sozialistische Jugend Wien und die SPÖ Margareten luden zum Gedenken an die Opfer der Februarkämpfe 1934 ein. Die diesjährige Kundgebung fand am 12. Februar im Reumannhof in Wien-Margareten statt, der nach dem ersten sozialdemokratischen Bürgermeister Wiens, Jakob Reumann, benannt ist. Ein Bericht von Claus Michl-Atzmüller.



Julia Hinterscer-Pinter

Zahlreiche TeilnehmerInnen trotzten Wind und Schneeregen. Mit der Wiener Februarkundgebung wurde auch 2020 ein starkes antifaschistisches Zeichen gesetzt!

Nach den Begrüßungsworten durch den Ersten Landtagspräsidenten und Vorsitzenden der Wiener-SPÖ Bildung, Ernst Woller, betrat der Hauptredner der Veranstaltung, Bürgermeister Michael Ludwig, die Bühne. Er erinnerte daran, dass der Reumannhof ein Hauptstützpunkt des Republikanischen Schutzbundes war, der in den Februarkämpfen bis zum Ende des Generalstreikes den Faschisten die Stirn geboten hat. Eine Gedenktafel erinnert an die Ereignisse im Reumannhof. Die Sozialdemokratie

ist historisch immer auf der richtigen Seite gestanden, auf der Seite der Demokratie. Es gibt daher keine geteilte Schuld für die Februarereignisse, betonte Ludwig. Die Frage, ob die Sozialdemokratie in der heutigen Zeit noch gebraucht werde, bejahte der Wiener Bürgermeister vehement.

In vielen Ländern werden Justiz, Medienfreiheit sowie die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angegriffen. Es ist wie in der Geschichte der Sozialdemokratie auch heute

notwendig, sich für die Menschen einzusetzen.

Nach dem Bürgermeister richtete Stephan Auer-Stüger, Landtagsabgeordneter und Gemeinderat sowie Bezirksvorsitzender der SPÖ Margareten, seine Worte an das Publikum. Er verwies auf die Ministerpräsidentenwahl in Thüringen und untermauerte, dass Demokratieabbau immer mit Hetze und Ausgrenzung beginnt. Demokratie bedeutet Mitgestaltung. Für die Sozialdemokratie bedeutet Mitgestaltung den Auftrag eine gerechtere Gesellschaft zu bauen. Fortschritt und Frieden ist jedoch nur mit Demokratie möglich. Auer-Stüger erinnerte in seiner Rede an Emmerich Sailer, der im Februar 1934 die Schutzbündler im Reumannhof befehligte und vom Standgericht zunächst zum Tode verurteilt wurde. Später wurde Sailer zu lebenslanger Haft begnadigt und nach 1945 SPÖ-Bezirksvorsitzender. Der Reumannhof ist ein Symbol für Menschenwürde und Selbstentfaltung.

Gerald Netzl sprach für die Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen und dankte den TeilnehmerInnen an der Kundgebung,

dass sie trotz Wind und Schneeregen ausharrten: „ein starkes Zeichen des Antifaschismus!“ Netzl ging auf den Kampf um den Reumannhof am 12. und 13. Februar 1934 ein und informierte über die vier Toten, die dieser zur Folge hatte. Namentlich bedankte sich Netzl bei der langjährigen früheren Vorsitzenden unserer Bezirksgruppe Margareten, Gerda Neudecker, ihrer Nachfolgerin und aktuellen Vorsitzenden Arijana Segalo sowie dem Finanzreferenten der Bundesorganisation Kurt Heinrich, von 1989 bis 1999 Bezirksvorsteher in Margareten. Ohne die „revolutionäre Kleinarbeit“ vieler engagierter FunktionärInnen wie ihnen wäre unser Bund heute nicht dort, wo er ist.

Abschließend ergriff Fiona Herzog, Vorsitzende der SJ Wien, das Wort. Sie mahnte, dass das Dollfuß-Regime nicht kritisch aufgearbeitet wurde. Der Faschismus erstarbt und der antifaschistische Grundkonsens, Kernstück einer Demokratie, ist in Gefahr. Es ist aus sozialistischer Sicht notwendig, ein neues Klassenbewusstsein zu schaffen, Klassen sind aktueller denn je. Ziel eines neuen klassenbewussten Denkens ist die Überwindung des bürgerlichen Liberalismus und Kapitalismus, so Herzog.

Für den musikalischen Rahmen sorgte die Gruppe „Morgenrot“ mit Liedern der ArbeiterInnenbewegung spielte. Die Veranstaltung zählte – trotz widrigen Wetters – 250-300 Besucherinnen und Besucher und war damit hervorragend besucht.

Antifaschismus im Bodenseeraum

Am 12. Februar trafen sich im kleinen Vinomnasaal in Rankweil 50 bis 60 Antifaschistinnen und Antifaschisten, um gemeinsam den Jahrestag des Beginns der Februarkämpfe 1934 zu begehen. Ein Bericht von Severin Holzknicht.

Die Veranstaltung entstand als Zusammenarbeit der Vorarlberger FreiheitskämpferInnen, des Karl Renner Instituts Vorarlberg, der SPÖ-Rankweil, der Arbeitsgemeinschaft Christentum und Sozialdemokratie Vorarlberg, des Bundes sozialdemokratischer

AkademikerInnen Vorarlberg und der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen Vorarlberg. Das diesjährige Gedenken stand ganz im Zeichen des antifaschistischen Widerstands im Dreiländereck Österreich – Deutschland – Schweiz in den 1930er und 1940er Jahren. Nach Durchführung des traditionellen SJ-Fackelzugs vom Rankweiler Bahnhof zum Vinomnasaal referierten Historiker aus den Bodensee-Anrainerstaaten über den Widerstand gegen den Faschismus in ihrer jeweiligen Heimat.

Karl Schweizer aus Lindau berichtete über das Schicksal der mutigen Männer und Frauen aus dem Großraum Lindau, die sich den Nationalsozialisten vor und nach der Machtergreifung 1933 entgegengestellt

hatten und für ihre Überzeugungen eingetreten waren. Ralph Hug aus St. Gallen hätte über die Spanienkämpfer aus der Region und die Organisation des illegalen Transportnetzes an der österreichisch-schweizerischen Grenze referieren sollen, war bedauerlicherweise jedoch krankheitsbedingt verhindert. Severin Holzknicht aus Schwarzach übernahm diesen Abschnitt und berichtete über das Katz-und-Maus-Spiel, welches sich die illegalen Kommunisten und Sozialisten mit den Behörden lieferten. Er berichtete des Weiteren wie die Organisation arbeitete, die bis zum „Anschluss“ tausende Spanienfreiwillige über die Grenze in die Schweiz schleuste. Anschließend berichtete Holzknicht noch über das Wirken der Revolutionären Sozialisten und der illegalen kommunistischen

Zellen im austrofaschistischen Vorarlberg. Auch das Wirken einzelner Widerstandsgruppen gegen den Nationalsozialismus fand Erwähnung.

Auch wenn von mancher Seite heute immer noch behauptet wird, dass der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Vorarlberg eine rein katholisch-konservative Angelegenheit war, schilderten die Vortragenden in anschaulicher Art und Weise, dass dem nicht so war. Im Kleinen wurde von linker Seite auch in Vorarlberg gegen die menschenverachtenden Diktaturen von Dollfuß, Schuschnigg und Hitler gekämpft. Und auch in Vorarlberg bezahlten dies tapfere Männer und Frauen teils mit ihrem Leben.



Severin Holzknicht

Karl Schweizer referierte über das Schicksal der WiderstandskämpferInnen aus dem Großraum Lindau

Februargedenken

In einer Reihe von Bezirken fanden auch heuer traditionelle Februargedenken gemeinsam mit der SPÖ und den Jugendorganisationen statt. Aus einigen Bezirken erreichten uns Fotos.

Hietzing

In Hietzing gedachte man am Goldmarkplatz dem von Dollfuß am Galgen aufgehängten Karl Münchreiter. Es sprachen Gerhard Schmid, Lukas Kubanek (SJ), Fritz Fink (KPÖ Ottakring) sowie der Stellvertreter der Hietzinger Bezirksvorsteherin Matthias Friedrich. Genosse Theo Maier begrüßte 50 TeilnehmerInnen, für die musikalische Umrahmung sorgten die Arbeitersänger Hietzing.



Theo Maier

Floridsdorf



In Floridsdorf erinnerten unsere GenossInnen beim Denkmal für Georg Weissel nicht nur an den hingerichteten Kommandanten der Feuerwache, man würdigte auch den kurz zurückliegenden 125. Gründungstag der Sozialistischen Jugend. Die FreiheitskämpferInnen vereinen junge und jung gebliebene AntifaschistInnen. Vorsitzender Hans Schiel, Georg Papai, SPÖ, sowie Rihab Tuomi, SJ, und Sarah Hierhacker, JG, trotzten Wind und Wetter.

Sarah Hierhacker, Bezirksvorsteher Georg Papai, Rihab Tuomi und Hans Schiel

Meidling



Klaus Berning, Bezirksvorsteher Wilfried Zankl, Dominik Lang, Gabriele Mörk und Josef Fiala.

Jedes Jahr treffen sich die SozialdemokratInnen des 12. Bezirks beim Denkmal am Meidlinger Friedhof um ihrer Schutzbündler zu gedenken. Bei der Feier sprachen Gabriele Mörk, SPÖ, Dominik Lang, FK, und der Historiker Josef Fiala. Anschließend ging man noch zum Max Opreville-Hof, wo eine neue Tafel an diesen ehemaligen Schutzbundführer erinnert.

Döbling



Christian Sevcik, Leo Hofmann und Benjamin Enzmann

1964 stiftete unser Bund die Gedenktafel am Karl Marx-Hof (bei Stiege 32, Ecke Josef-Hindels-Gasse). Das jährliche gemeinsame Gedenken von FreiheitskämpferInnen und SPÖ Döbling an diesem historisch bedeutsamen Ort ist ein Fixpunkt. Für die Bezirkspartei sprach die Vorsitzende Landespartei sekretärin Barbara Novak.

Krems

In einer würdigen Feier gedachten die FreiheitskämpferInnen, die neugegründete Sozialistische Jugend des Bezirks Krems sowie die SPÖ Stadtorganisation Krems des 1934 vom austrofaschistischen System hingerichteten steirischen ArbeiterInnenfunktionärs und Nationalrates Koloman Wallisch. Ihm wurde 2004 in der nach ihm benannten Koloman Wallisch-Straße in Krems-Lerchenfeld ein Gedenkstein gesetzt, bei dem am 19. Februar, dem Todestag Wallischs, ein Bukett niedergelegt wurde. Die Kremser Stadtpartei vorsitzende Vizebürgermeisterin Eva Hollerer erinnerte in ihrer Gedenkrede an das Leben und Wirken Wallischs. Auch mahnende Wort gegen Tendenzen zur Zurückdrängung von Demokratie und Sozialpartnerschaft in unserer Zeit fand die engagierte Rednerin.



V.l.n.r. Helmut Mayer, Johannes Polzer, Robert Munteanu (beide Sozialistische Jugend), Eva Hollerer (SPÖ-Stadtpartei vorsitzende, Festrednerin), Klaus Bergmaier (Bezirksvorsitzender FreiheitskämpferInnen), Josef Bauer, Günter Herz, Jasmina Brdaninovic

10 Jahre IM-MER

Am 8. März – bewusst am Internationalen Frauentag – wurde im Wiener Rathaus ein schönes Jubiläum gefeiert. Ein Beitrag von Waltraud Barton.

Der 2010 gegründete Verein **IM-MER** hat die Vernichtungsstätte Maly Trostinec (Belarus) und die dort begangenen Verbrechen in Österreich bekannt gemacht und in Maly Trostinec ein offizielles Erinnerungszeichen der Republik Österreich initiiert: Das „Massiv der Namen“ nach dem Entwurf von Daniel Sanwald (vgl. „Kämpfer“ 4-6/2019, S. 6) zeigt die Vornamen jener nahezu 10.000 als jüdisch Verfolgten, die 1941 und 1942 von Wien nach Minsk/Maly Trostinec gebracht und ermordet worden sind.



Klaus Prokop

Von links: Staatssekretärin Ulrike Lunacek, Stadträtin Veronica Kaup-Hasler, Abg. Eva Blimlinger und Waltraud Barton beim Festakt im Wiener Rathaus

Gedenktafel für Diana Obexer-Budisavljević

Beschluss des Innsbrucker Stadtsenates zur Errichtung würdigt Rettung von tausenden Kindern.

Die Innsbruckerin Diana Budisavljević, geborene Obexer, rettete im Zweiten Weltkrieg in Kroatien rund 12.000 Kinder. Das wird nun nach einem Beschluss des Innsbrucker Stadtsenates mit einer Gedenktafel gewürdigt. Letztere steht am Ende eines langen Weges. Die Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen Tirol nahmen sich der Geschichte von Diana Obexer-Budisavljević bereits im Frühjahr 2011 an und sorgen seither dafür, dass sie nicht in Vergessenheit gerät. So wurde etwa auf Initiative der FreiheitskämpferInnen und des Serbisch Orthodoxen Jugendvereins am 11. September 2011 die Verleihung des Verdienstkreuzes der Stadt Innsbruck an diese außergewöhnliche Frau beschlossen.



Jugendverein Spoji / wikimedia.org

Das Grab von Diana Budisavljević und ihrer Tochter Ilse (Teil des Familiengrabs)

Auch mit dem österreichischen „Wald der Erinnerung“ hat der Verein das österreichische und weißrussische Gedenken nachhaltig geprägt.

Dazu Bürgermeister Michael Ludwig: „Niemand vergessen! Das war die Devise des Holocaust-Überlebenden und lebenslangen Mahners Rudolf Gelbard, der für viele von uns ein großes Vorbild war. Niemand vergessen! – darum bemüht sich auch der **gemeinnützige Verein IM-MER**. Er wurde am 8. März 2010 zum Gedenken an die österreichischen Opfer der Shoa in Minsk und Maly Trostinec gegründet. Dieses Datum fiel damals nicht zufällig mit dem Internationalen Frauentag zusammen – die meisten in Maly Trostinec Ermordeten waren alleinstehende ältere Frauen. Dass der **Verein IM-MER** nun sein zehnjähriges Jubiläum im Wiener Rathaus feiert, freut mich als Bürgermeister und ‚Hausherr‘ ganz besonders. Denn wie Waltraud Barton – und wie Rudi Gelbard – bin auch ich der Meinung, dass wir die Gräueltaten der Shoa niemals vergessen dürfen, um geistesgegenwärtig den Angriffen und Anschlägen des neuen Rechtsextremismus in Europa begegnen zu können.“

Dafür, meint **IM-MER**, braucht Wien einen neuen Vermittlungsort, der jeglichen gruppenbezogenen Ausschluss aus der österreichischen Gesellschaft vor, während und nach dem 2. Weltkrieg bzw. dem Nationalsozialismus thematisiert, (d. h. den Ausschluss aus politischen Gründen, auf Grund von Abstammung, Religion, Nationalität, sexueller Orientierung, körperlicher oder geistiger Behinderung, sogenannter „Asozialität“, von Wehrdienstverweigerern und Deserteuren, PartisanInnen, Kärntner SlowenInnen, WiderstandskämpferInnen, Roma und Sinti u. a.). **IM-MER** fordert einen „Niemand wieder! - Gedenk- und Vermittlungsort“, wo man nicht nur erfährt, was damals passiert ist, sondern heute aufzutreten lernt gegen sprachliche Verhöhnung, Gewalt und Ausgrenzung(-stendenzen), für ein „Niemand wieder!“ in Zukunft. **Unterstützungserklärungen auf www.im-mer.at.**

Waltraud Barton ■

Ein weiterer Schritt, um ihre Geschichte an die Öffentlichkeit zu bringen: Am 27. Jänner 2017 haben die FreiheitskämpferInnen Tirol gemeinsam mit dem Verband Sozialistischer Student_innen in der Innsbrucker SOWI am Internationalen Holocaust-Gedenktag vor großem Publikum ausführlich die Leistungen von Diana Obexer-Budisavljević gewürdigt und bereits damals ein Erinnern der öffentlichen Hand gefordert.

Dieser Forderung wurde im Stadtsenat Anfang Februar nun nachgekommen. Dort wurde – wie zuvor bereits im Kulturausschuss – die Installation einer bronzenen Tafel am Geburtshaus von Frau Obexer-Budisavljević an ihrem Geburtshaus in der Maria-Theresien-Straße 15 beschlossen.

Der städtische Kulturausschuss unter Vorsitz von Gemeinderätin Irene Heiz beschloss folgenden Text für die Tafel:

*Diana Obexer-Budisavljević (1891 – 1978)
Diana Obexer-Budisavljević rettete während des Zweiten Weltkrieges im ehemaligen Jugoslawien mit Hilfe von weiteren AktivistInnen über 10.000 Kinder aus den Lagern des faschistischen Ustascha-Regimes.*

Erst Jahre nach ihrem Tod wurde ihr humanitäres Engagement auch hier in ihrer Heimatstadt bekannt. Mit dieser Tafel an ihrem Elternhaus dankt die Stadt Innsbruck dieser mutigen Frau.

„Die Geschichte dieser Frau und Retterin vieler tausender Menschen darf der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden. Deshalb begrüßen wir die Installation einer Gedenktafel“, hält SPÖ-Landtagsabgeordnete Elisabeth Fleischanderl, Vorsitzende der FreiheitskämpferInnen, fest. Innsbrucks Stadträtin Elisabeth Mayr freut sich und ergänzt: „Der Kindergarten, der am Campagnearéal in der Reichenau neu entstehen wird, soll zudem nach Diana Obexer-Budisavljević benannt werden. Eine lebendige Erinnerung, die künftig mit Kinderlachen erfüllt sein wird.“

Helmut Muigg ■



Stolpersteine gegen das Vergessen

In Gedenken an Opfer des Holocausts kam es in Leoben im Herbst 2019 erneut zu einer Verlegung von „Stolpersteinen“. Die kleinen Messingtafeln wurden, gestaltet vom Künstler Gunter Demnig, vor dem letzten frei gewählten Wohnort bzw. der Arbeitsstätte der Opfer in die Straßen eingelassen.

Bereits ein Jahr davor, am 27. November 2018, wurde der erste „Stolperstein“ in Leoben, ebenfalls nach dem Konzept des Kölner Künstlers Demnig, vor der Arbeiterkammer am Ignaz Buchmüller-Platz verlegt. Gewidmet wurde dieser „Stolperstein“, welcher als Paten die Stadt Leoben hat, dem Gewerkschafter und Widerstandskämpfer Simon Trevisani. Der Landesvorsitzende des Bundes, Werner Anzenberger, skizzierte im Rahmen der Verlegung das Leben von Trevisani und dessen Einsatz für den Widerstand.

Im September 2019 bekam die Stadt Leoben noch weitere „Stolpersteine“. In der Franz Josef-Straße 18 bzw. der Timmersdorfergasse 8 wurden den jüdischen Opfern David Spiess sowie Hans Gideon Röhr die handgefertigten Gedenksteine gewidmet. In der Lorberaustraße 11 wurde Roman Cebaus mit einem „Stolperstein“ geehrt und am Waasenplatz 1 wurden sechs der Steine in Gedenken an die jüdische Familie Werdisheim, die dort das Geschäft Scheck führte, verlegt. Sogar Angehörige der Familie Werdisheim, nämlich ua die gebürtige Israelin Aya Zarfati, die Enkelin von Alice Werdisheim, einer überlebenden Tochter des ermordeten Geschäftsmannes Max Werdisheim, reisten für die Feierlichkeiten rund um die in den Boden eingelassenen Gedenktafeln von Berlin nach Leoben an.

Auch Miki Zarfati, Sohn der 2017 verstorbenen Alice Werdisheim, kam eigens mit seiner Frau und seinem Sohn aus Israel in die Obersteiermark.

Die Patenschaft für den im September 2019 zu Ehren von Roman Cebaus verlegten „Stolperstein“, wurde von unserem Bund, gemeinsam mit dem KZ-Verband Steiermark sowie der ÖVP Kameradschaft Steiermark übernommen. In seiner Gedenkrede sagte Werner Anzenberger über Roman Cebaus, den im KZ ermordeten Widerstandskämpfer: „Cebaus hat dem militärischen Partisanen Widerstand in den obersteirischen Bergen rund um Leoben und Eisenerz als Schulwart in einer Turnhalle Unterschlupf geboten. Sein Beitrag zur Befreiung Österreichs war noch gefährlicher als für die bewaffneten Kämpfer in den Bergen, weil er – wie auch die vielen unterstützenden Frauen – unmittelbar dem Zugriff der Partisanen ausgesetzt war.“

Werner Anzenberger ■



Im September 2019 bekam die Stadt Leoben weitere „Stolpersteine“

Zum Kriegsende 1945

Weit im Osten Berlins befindet sich das Deutsch-Russische Museum Karlshorst. Das Haus ist der historische Ort der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945. Die zwei ehemaligen Kriegsgegner erinnern gemeinsam an die Geschichte und als bislang einziges Museum in Deutschland zeigt die Dauerausstellung den Vernichtungskrieg Nazi-Deutschlands gegen die Sowjetunion.

Der Anspruch an die Ausstellung besteht darin, Räume zu schaffen für eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte und Erinnerung. Erfreulich: Die Texte der Ausstellung sind in Deutsch, Russisch und Englisch. Die Ausstellung ist interessant und sehenswert, der Ort an sich von großer historischer Bedeutung.

Die Gedenkstätte Seelower Höhen, 70 km östlich von Berlin gelegen, erinnert an die größte Schlacht des Zweiten Weltkrieges auf deutschem Boden. Im Frühjahr 1945 standen sich im Oderbruch und auf dem Höhenzug hunderttausende Soldaten, 14.000 Geschütze, 5.000 gepanzerte Fahrzeuge und die gleiche Anzahl an Flugzeugen gegenüber.



Am 16. April 1945, Wien war gerade drei Tage befreit, begann die letzte sowjetische Großoffensive. Diese „Berliner Operation“ hatte das Ziel den Widerstand der Wehrmacht endgültig zu brechen und den Krieg in Berlin zu beenden. Bereits vor der Offensive, im Winter und Frühjahr starben bei den Kämpfen um die Brückenköpfe viele Soldaten. Dort und bei der Schlacht um die Seelower Höhen fielen mehr als 100.000 Soldaten unterschiedlicher Nationen. Die Kämpfe forderten auch unter der märkischen Zivilbevölkerung viele Opfer. Als

der Krieg Berlin erreichte, war eine einzigartige Kulturlandschaft zerstört.

Bereits am 27. November 1945 fand in Seelow unter Anwesenheit von sowjetischen Generälen, Offizieren der alliierten Streitkräfte und einer Ehrenformation der Roten Armee sowie von zivilen Gästen die Einweihung des Gedenkkomplexes, bestehend aus dem Denkmal und einer Kriegsgräberstätte für 66 gefallene Rotarmisten, statt. Damit gehörte das Denkmal zu den ersten, die die Sowjetunion außerhalb ihres Staatsgebietes für ihre Gefallenen errichtet hat (Zum Vergleich: Das Denkmal zu Ehren der Soldaten der Sowjetarmee, die für die Befreiung Österreichs vom Faschismus gefallen sind, auf dem Schwarzenbergplatz wurde schon vor der Einnahme Wiens vorbereitet und bereits am 19. August 1945 feierlich enthüllt.).

Der Bildhauer in Seelow war übrigens Lew Kerbel, der später den bekannten riesigen Karl-Marx-Kopf in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) schaffen sollte. Anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung der Sowjetunion wurde am 27. Dezember 1972 die „Gedenkstätte der Befreiung auf den Seelower Höhen“ samt Ausstellung eröffnet. Damit erhielt der Gedenkort eine neue Qualität und einen erweiterten Auftrag. Die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln von Berlin dauert ca. zwei Stunden, doch lohnt sich der Besuch.

Gerald Netzl ■

Plädoyer eines Märtyrers

Achtung, es wird grotesk! Österreich im Jahr 2020: 86 Jahre nach dem Februaraufstand gegen die sich verfestigende Diktatur wird der damalige Bundeskanzler Engelbert Dollfuß aus seinem Grab am Hietzinger Friedhof exhumiert. Man setzt ihm ein selbstheilungskraftaktivierendes, linksgedrehtes Licht Stammzellenpflaster einer lebensberatenden Ganzheitsmedizinerin, dann stellt man ihn vor Gericht.

Die Anklagepunkte sind umfassend: Vielfacher Mord, schwere Körperverletzung, Folter, Hochverrat, Landfriedensbruch, Erpressung, tausendfache Frei-

heitsentziehung, Raub, Diebstahl und Amtsmissbrauch. Darauf muss der im Juli 1934 von Nationalsozialisten ermordete und wenig später zum Märtyrer stilisierte eine Antwort finden.

In einem langatmigen, hochtrabenden Eingangsplädoyer tritt er die Flucht nach vorne an und erklärt dem hohen Gericht seine Motive, seine Ziele und seine Handlungsspielräume. Seine Taten seien gerechtfertigt gewesen, zumindest entschuldbar, juristisch sowie moralisch. Er und seine Anhänger hätten sich in einem Notstand befunden und gar nicht anders handeln können, um großen Schaden von Österreich und seinem Volk abzuwenden.

Peter Veran (Pseudonym für unseren steirischen Landesvorsitzenden

Werner Anzenberger) lässt dem Redeschwall des „Märtyrers“ kenntnisreich und gut recherchiert freien Lauf. Er legt dabei seinem Protagonisten historische ebenso wie aktuelle Sprache in den Mund und verknüpft Dollfuß' Vortrag mit der politischen Situation in Österreich 2019, stark geprägt von der Zusammenarbeit von ÖVP und FPÖ in der Bundesregierung „vor Ibiza“. Er macht eine Nähe bzw. Geistesverwandtschaft von Dollfuß' Denken zu dem der Nationalsozialisten fest, wie man sie so noch nicht kannte. Wikipedia bezeichnet eine literarische Groteske „als beabsichtigten Verstoß gegen künstlerische Normen“, dieser Verstoß ist dem Autor sehr gelungen.

Gerald Netzl ■

Mauthausen vor Gericht

Nach der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen am 5. Mai 1945 unterstützten die überlebenden Häftlinge die U.S. Army bei deren ersten Ermittlungen vor Ort, um die Täter (Lager-SS und Kapos) festzunehmen und sie vor Gericht zu bringen. Die gerichtliche Ahndung der Gewaltverbrechen erstreckte sich auf alle vier alliierten Mächte; darüber hinaus wurden auch in der BRD, DDR, CSR, Polen, Jugoslawien und Österreich Prozesse geführt. In Summe

wurden etwa 500 Prozesse mit einem Urteil abgeschlossen (davon 100 vollstreckte Todesurteile), eine Zahl, die wohl weit unter der Zahl derer liegt, die mutmaßlich an Gewaltverbrechen im Rahmen des Mauthausen-Komplexes beteiligt waren.

Christian Rabl ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Zeithistorischen Zentrums Melk. Für seine Dissertation „Der KZ-Komplex Mauthausen vor Gericht“ wurde er 2018 mit dem Mauthausen-Memorial-Forschungspreis ausgezeichnet. Aufgrund der immer wieder erwähnten und beschriebenen Verbrechen fällt einem das Lesen

nicht leicht. Doch ist das Buch gerade deshalb sehr wichtig und aufgrund der vielen Fußnoten sehr gut für weitergehende (z. B. regionale) Täterforschung und Erinnerungsarbeit geeignet. Interessant ist folgendes dem Buch entstammende Zitat: „Das oft gezeichnete Bild des brutalen und skrupellosen ‚kriminellen‘ Häftlingsfunktionärs auf der einen Seite und des politischen Schutzhäftlings als dessen durchwegs positiv konnotierten Gegenpol lässt sich – zumindest für die hier untersuchte Gruppe – nicht aufrechterhalten.“

Gerald Netzl ■

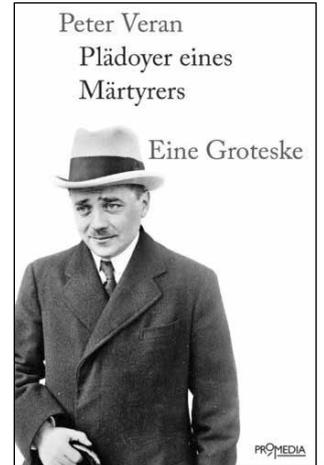
Geht gar nicht!

Die deutsche Bundeszentrale für politische Bildung unterstützt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger dabei, sich mit Politik zu befassen. Sie will Verständnis für politische Sachverhalte fördern, das demokratische Bewusstsein festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit stärken. Vor kurzem erschien die Publikation „Was geht?“ zum Thema Rechtsextremismus.

Das Heft soll junge Menschen dazu anregen, sich kritisch mit der Gefahr des Rechtsextremismus auseinanderzusetzen und Zivilcourage zu entwickeln. Sie lernen darin Einstellungen und Verhalten von Rechtsextremen kennen und begreifen deren potentielle Gefahr für bestimmte Menschen(gruppen), insbesondere verdeutlicht am Beispiel der Taten des NSU (Nationalsozialistischer Untergrund). Zugleich werden sie mit den Strategien der Rechtsextremen bei der Anwerbung von Jugendlichen

im Internet vertraut gemacht, lernen Gegenstrategien gegen Hate-Speech kennen und wenden diese selbst an. Das gelingt in dem altersgerechten Comic mit einer ansprechenden grafischen Gestaltung und einer persönlichen, emotionalen Ansprache. Das 28-seitige Heft kann man bestellen oder als PDF herunterladen: www.bpb.de -> Suche nach „Was geht? Geht gar nicht! Das Heft gegen Rechtsextremismus“

Gerald Netzl ■



Plädoyer eines Märtyrers.
Promedia Verlag, Wien, 2020,
ISBN: 978-3-85371-471-3,
176 Seiten, € 17,90

ProMedia / mediashop.at



Christian Rabl:
Mauthausen vor Gericht.
new academic press,
Wien, 2019,
ISBN: 978-3-7003-2114-9,
348 Seiten, € 29,90

new academic press



Literatur zum Zweiten Weltkrieg

Genosse Anton Bergauer nimmt den 75. Jahrestag der Befreiung von der Naziherrschaft zum Anlass, Lesetipps zu geben. Die meisten AutorInnen und Buchtitel sind in Österreich leider weitgehend unbekannt, umso wichtiger erscheint ihre Nennung.

Die Sowjetunion trug die größte Kriegslast gegen Hitler, entsprechend hat die sowjetische Kriegsliteratur einen enormen Umfang. Diese besteht größtenteils aus kurzen Werken: **Novellen und Frontberichten**. Aber es gibt auch **zahlreiche Theaterstücke und Romane**, die meist im zweiten Teil des Krieges verfasst wurden. Sie zeichnen sich durch sprachlich brillante, eindringliche Bilder von Menschen und Landschaften aus, die Lektüre lohnt.

ALES ADAMOWITSCH (1927-1994)

Adamowitsch kämpfte in den Jahren 1943 und 1944 in der Region von Babrujsk in Partisaneneinheiten gegen die Wehrmacht. Er verfasste „Komm und sieh“ (1972, auch „Die Erzählung von Chatyn“ genannt).



Filmstill aus der gleichermaßen eindrucksvollen wie bedrückenden Verfilmung von Ales Adamowitschs Werk „Komm und sieh“

Der biblische Ausruf „**Komm und sieh**“ (in den Versen 1, 3, 5 und 7) in der „**Offenbarung des Johannes**“ bildet dort die Aufforderung, die Verheerungen zu betrachten, die durch die vier Reiter der Apokalypse angerichtet werden. Die Hauptfigur, der Jugendliche Florian, genannt Fljora, geht gegen den Willen seiner Mutter zu den Partisanen. Als er sich ihnen anschließt, sind das Leben im Wald und der Kampf gegen die faschistischen Besatzer für Fljora anfangs noch ein großes Abenteuer. Doch im Verlauf erlebt der Bub ein Martyrium. Auf verstörende Art beeindruckend ist die großartige gleichnamige filmische Umsetzung aus 1985.

SWETLANA ALEXIJEWITSCH (GEB. 1948)



Wer weiß, dass Alexijewitsch für ihr Schaffen 2015 den Nobelpreis für Literatur erhielt? Aus der Begründung: „...für ihr vielstimmiges Werk, das dem Leiden und dem Mut in unserer Zeit ein Denkmal setzt“.

Swetlana Alexijewitsch erhielt 2015 den Nobelpreis für Literatur 2013 und den Friedenspreis des deutschen Buchhandels 2013

Das auch verfilmte Buch „Der Krieg hat kein weibliches Gesicht“ (1985) basiert auf rund 500 Tonbandprotokollen. Die Collage aus individuellen Stimmen auf der Grundlage ihrer Interviews über Schicksale sowjetischer Soldatinnen im Zweiten Weltkrieg konnte erst in der Periode von Glasnost erscheinen. Zuvor klagte die sowjetische Zensurbehörde „Glawlit“ Alexijewitsch in der Folge an, die „Ehre des Großen Vaterländischen Krieges“ beschmutzt zu haben. Zeitgleich mit diesem Buch erschien das nächste Werk von Swetlana Alexijewitsch „**Die letzten Zeugen**“ (1985). Darin thematisiert sie unter anderen die Ergebnisse ihrer eigenen Familie im Krieg und unter der Herrschaft Stalins.

ALEXANDER A. BEK (1903-1972)

Als Kriegskorrespondent berichtete Bek 1941 über die Schlacht um Moskau. 1944 erschien eines seiner berühmtesten Werke, „**Die Wolokolamsker Chaussee**“, das den Abwehrkampf eines Bataillons in den Wäldern vor Moskau, entlang der gleichnamigen Straße, zum Thema hat. Die Prosa ist präzise und nüchtern. Bek schildert hier den verzweifelten Kampf eines weitgehend auf sich selbst gestellten, schlecht ausgerüsteten Bataillons der Roten Armee gegen einen überlegenen, motorisierten Feind. Doch unter der Leitung seines Kommandeurs nutzt das Bataillon konsequent die Schwächen des Gegners; ihm gelingt es, den Vormarsch der Wehrmacht zu stoppen und die Strategie des faschistischen Blitzkriegs zum Scheitern zu bringen. Die Fortsetzung davon ist „**General Panfilows Reserve**“ (1960).

ILJA G. EHRENBURG (1891-1967)

Ehrenburg gehörte zu den produktivsten und profiliertesten Autoren der Sowjetunion und veröffentlichte rund hundert Bücher. Er ist als Autor von Romanen sowie als Journalist bekannt geworden, insbesondere als Berichterstatter und teilweise auch Propagandist in drei Kriegen (Erster Weltkrieg, Spanischer Bürgerkrieg und vor allem Zweiter Weltkrieg). „**Sturm**“ (1947) ist ein Roman über den Westfeldzug der Wehrmacht und den Deutsch-Sowjetischen Krieg, der zunächst wegen der darin geschilderten Liebe einer französischen Widerstandskämpferin zu einem Sowjetbürger in der Sowjetunion auf Kritik stieß, dann aber 1948 mit dem Stalinpreis ausgezeichnet wurde.

WASSILI S. GROSSMAN (1905-1964)

Grossman wurde 1941 Kriegsreporter für die populäre Zeitung der Roten Armee „Krasnaja Swesda“ (Roter Stern). In seinen Artikeln schilderte er die großen Ereignisse des Krieges, darunter die Schlachten um Moskau, Stalingrad und Kursk, die sowjetische Rückeroberung Weißrusslands und die Schlacht um Berlin. Außer seinen Kriegsreportagen wurden seine Romane wie „**Dies Volk ist unsterblich**“ (1942) veröffentlicht, und er wurde als Kriegsheld angesehen. Der Roman „**Stalingrad**“ (1946), später in „Die gerechte Sache“ umbenannt, beruht auf seinen Erfahrungen während der Belagerung. Mit großer Anteilnahme beschwört Wassili Grossman in „Leben und Schicksal“ Episoden aus dem Kampf an der Wolga, erzählt vom Häftlingsleben und -sterben in deutschen KZ, Gefangenenlagern und in den sowjetischen Gulags, wobei er eine schockierende Ähnlichkeit von Nationalsozialismus und Sowjetregime diagnostiziert. Das Romanmanuskript wurde 1961 in der UdSSR beschlagnahmt, das Buch konnte erst während Glasnost erscheinen.

WIKTOR P. NEKRASSOW (1911-1987)

Als ausgebildeter Architekt wurde Nekrassow nach dem Überfall auf die Sowjetunion Führer eines Pionierzugs und später Regimentsingenieur und stellvertretender Kommandeur eines Pionierbataillons. Im April 1942 befand er sich mit seinem Pionierbataillon in der Nähe von Charkow. Die Kampftruppen mussten sich wegen bestehender Gefahr der Einkesselung in der Schlacht bei Charkow (12. bis 28. Mai) in Richtung Don und

Wolga zurückziehen. Seine Kriegserlebnisse ab diesem 20. Mai beschreibt Nekrassow in seinem hervorragenden Roman „**In den Schützengräben von Stalingrad**“ (1946), wo er an der Verteidigung der Stadt teilnahm. Mit seiner Einheit befand er sich beim Mamajew-Hügel, dessen Besitz mehrfach zwischen den Kampfparteien wechselte. **In Russland gilt dieser Roman als der beste über den Zweiten Weltkrieg.**

KONSTANTIN SIMONOW (1915-1979)

Als sein Hauptwerk gilt die **Romantrilogie** „**Tage und Nächte**“, „**Die Lebenden und die Toten**“ und „**Man wird nicht als Soldat geboren**“. Die Protagonisten sind Offiziere und Soldaten der Roten Armee (Die beiden letzteren Titel wurden verfilmt.). Simonow beschrieb schonungslos auch erstmals die Fehler der sowjetischen Führung um Stalin 1941, die zu einer Serie von verheerenden Niederlagen gegen die vorrückenden Deutschen führten.

Seine emotionalen Gedichte über Liebe, Freundschaft und Heimat machten ihn überaus populär. Das **Gedicht** „**Warte auf mich**“ über die Sehnsucht eines Frontsoldaten nach seiner Gefährtin wurde zum auch oft vertonten Klassiker. Zurecht wurde Simonow vielfach ausgezeichnet. So schwer und belastend der Inhalt seiner Bücher ist, so schön sind sie aufgrund seiner schriftstellerischen Fähigkeiten und der gelungenen Übersetzung zu lesen.

Zeig mir, was du trägst

...und ich sage dir, wo du stehst. Wer von uns trägt nicht mit Stolz unser FreiheitskämpferInnen-Abzeichen am Jackenaufschlag? Schon die junge ArbeiterInnenbewegung im späten 19. Jahrhundert hat Abzeichen hergestellt und auch in ihren Alltag eingebunden. In ihnen spiegeln sich Aspekte unserer Alltags-, Feier- und Kampftradition wider.

Das gelungene vorliegende Büchlein von Willi Weinert mit ca. 570 Fotos und Abbildungen beschäftigt sich vorwiegend mit Abzeichen der KPÖ und Organisationen aus ihrem Umfeld, spart aber solche aus der Zeit vor 1918 nicht aus und ist nicht nur deswegen auch für SozialistInnen interessant.

Eine kurze Einführung in den Bereich der Abzeichen vermittelt Grundkenntnisse über deren Geschichte, Herstellungstechniken und Bildsprache. Wenngleich eine Vollständigkeit angestrebt wurde, muss davon ausgegangen werden, dass die in diesem Buch erstmals gemeinsam publizierten Abzeichen keine komplette Zusammenstellung aller im kommunistischen Bereich Österreichs hergestellten und getragenen Abzeichen ist, aber hier doch ein sehr hoher Grad einer Vollständigkeit erreicht wurde. Speziell hingewiesen sei auf ebenfalls erfasste Abzeichen von KZ-Verband, FIR und einzelnen KZ-Gedenkstätten. Gerald Netzl ■



Willi Weinert:

Abzeichen der österreichischen Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert. KPÖ und Umfeld,

Stern-Verlag, Wien, 2019, ISBN: 978-3-9502478-7-9,

135 Seiten, € 18,00.

Die Befreiung Wiens 1945

Der Historiker Michael Schmölzer hat über die Befreiung Wiens ein Buch geschrieben. Gerhard Taschler hat es für den „Kämpfer“ gelesen und rezensiert. **Fazit: absolut lesenswert und informativ.**

Am 29. März 1945, gegen 11 Uhr, betraten Angehörige der 9. Garde- und 6. Gardepanzerarmee der 3. Ukrainischen Front unter Kommando von Marschall Fjodor Iwanowitsch Tolbuchin österreichischen Boden bei Klostermarienberg im Mittelburgenland.

In der Folge führte der Vorstoß über Wiener Neustadt von Süden auf Wien zu. Dank des österreichischen zivilen und militärischen Widerstandes kam es zu einer Umfassung Wiens im Westen und einem fast kampfflosen Vordringen gepanzerter Kräfte durch den 16. und 17. Bezirk bis zum Gürtel. In der Folge mussten sich die SS-Verbände schnell Richtung Donaukanal zurückziehen. Es galt, Wien das Schicksal Budapests zu ersparen („Plan Radetzky“)!

Gerade rechtzeitig zum 75. Jahrestag der Befreiung der Bundeshauptstadt ist ein exzellentes Buch von Michael Schmölzer erschienen. Der Autor verbindet die teilweise tief berührenden Erzählungen damals meist sehr jugendlicher Männer und Frauen, wie im Fall der knapp 6-jährigen Hedwig Sutara, mit perfekt passenden Exkursen. Diese vermitteln Sachwissen und Stimmungen, entsprechend zu den 17 geblockten Zeitzeugeninterviews. Pikant z.B. Pia Slavicky: „Ich war beim BDM und meine Führerin die Elfriede Ott.“ Sehr wichtig ist der Hinweis auf die unterschiedlichen Wahrnehmungen, welche sich aus Milieu bzw. Wohnort und auch der Parteizugehörigkeit der Erzählenden ergeben! Die Hereinnahme eines Beitrages eines fanatisierten Hitlerjungen, verbissen als Panzerjäger kämpfend, rundet das ausgezeichnete wichtige Zeitdokument ab. Aussagen über „gute und böse“ Russen sind bedeutsam für das bessere Verständnis der Zeit.

Die Befreiung Wiens wurde endgültig am 14. April 1945 abends mit dem Vorrücken der Truppen der 2. Ukrainischen Front/R.J. Malinowski aus dem Raum Bratislava/Hainburg mit der Befreiung Floridsdorfs (heute 21. und 22. Bez.) vollendet. Für Stalin war die Befreiung Wiens offensichtlich schon am 13. April „erledigt“, denn er bezog sich ausschließlich auf das rechte Donauufer.

Zusammenfassend sei beispielsweise auf einen Exkurs „Der Brand des Stephansdomes“ hingewiesen. Mit der nicht so bekannten Faktenlage über die Brandursache und die Rettung des Domes wird wichtige Geschichtsaufklärung geleistet. Das Werk ist ein notwendiges Zeitdokument, das der Nachkriegsgeneration wichtige Informationen liefert. **Dafür ist Michael Schmölzer herzlich zu danken.**

Gerhard Taschler ■



Michael Schmölzer:

Die Befreiung Wiens, April 1945, Gespräche mit Überlebenden.

Verlag der Theodor Kramer Gesellschaft, Wien, 2020,

ISBN 978-3-901602-86-3,

131 Seiten, € 15,00

TKG? TKG!

Genosse Heimo Gruber erinnert an Theodor Kramer und die wertvolle Tätigkeit der gleichnamigen Gesellschaft.

Theodor Kramer (1897-1958) zählte zu den bedeutendsten und produktivsten österreichischen Lyrikern des 20. Jahrhunderts. Sein Gesamtwerk umfasst 12.000 Gedichte. Seine Sympathien gehörten den Menschen auf der Schattenseite des Lebens, die ihn zu liedhaften, einfühlsamen Versen inspirierten. Nach dem Ende der Ersten Republik waren der Verbreitung seines Werkes erstmals Grenzen gesetzt, denn Kramer war auch stellvertretender Vorsitzender der Vereinigung sozialistischer Schriftsteller gewesen. Und wegen seiner jüdischen Herkunft war nach 1938 auch sein Leben bedroht. Kramer konnte sich 1939 ins britische Exil retten, wo er als Bibliothekar arbeitete. Seine verwitwete Mutter Babette wurde in das KZ Theresienstadt deportiert und in der Folge ermordet. In England entstanden viele Gedichte mit lyrischen Beschwörungen seiner Weinviertler Herkunftsgegend, zugleich erschütternde Dokumente von Heimatverlust und Fremdheit. Ein Jahr nach der von Bruno Kreisky unterstützten Rückkehr nach Österreich starb Kramer 1958.

Zuvor hatte er noch den Germanisten Erwin Chvojka (1924-2013) als Nachlassverwalter eingesetzt. Mehr als zwei Jahrzehnte lang bemühte sich Chvojka vergeblich, Verlage für eine Werkedition des in Vergessenheit geratenen Dichters zu gewinnen. Erst ab 1984 gelang der Durchbruch mit der dreibändigen Gedichtausgabe des Europa-Verlages. Im selben Jahr wurde die Theodor Kramer Gesellschaft (TKG) mit Chvojka als erstem Vorsitzenden und dem Ziel gegründet, nicht nur Leben und Werk Kramers zu erforschen, sondern zur Verbreitung der Literatur des Exils und des Widerstandes beizutragen. Diesem Anspruch ist die TKG in hervorragender Weise gerecht geworden. Das ist das Verdienst vieler Personen, allen voran Siglinde Bolbecher (1952-2012) und als TKG-Sekretär Konstantin Kaiser.



Archiv der TKG

Theodor Kramer

Die Wahrheit ist, man hat mir nichts getan

Die Wahrheit ist, man hat mir nichts getan.
Ich darf schon lang in keiner Zeitung schreiben,
die Mutter darf noch in der Wohnung bleiben.
Die Wahrheit ist, man hat mir nichts getan

Der Greisler schneidet mir den Schinken an
und dankt mir, wenn ich ihn bezahle, freundlich;
wovon ich leben werd, ist unerfindlich.
Die Wahrheit ist, man hat mir nichts getan.

Es öffnet sich mir in kein Land die Bahn,
ich kann mich nicht selbst von hinnen heben:
ich habe einfach keinen Raum zum Leben.
Die Wahrheit ist, man hat mir nichts getan.

(13. Juli 1938)

Wer läutet draußen an der Tür?

Wer läutet draußen an der Tür,
kaum daß es sich erhellt?
Ich geh schon, Schatz. Der Bub hat nur die Semmeln hingestellt.

Wer läutet draußen an der Tür?
Bleib nur; ich geh, mein Kind.
Es war ein Mann, der fragte an beim Nachbar, wer wir sind.

Wer läutet draußen an der Tür?
Laß ruhig die Wanne voll.
Die Post war da; der Brief ist nicht dabei, der kommen soll.

Wer läutet draußen an der Tür?
Leg du die Betten aus.
Der Hausbesorger war's; wir solln am Ersten aus dem Haus.

Wer läutet draußen an der Tür?
Die Fuchsien blühn so nah.
Pack, Liebste,
mir mein Waschzeug ein
und wein nicht:
sie sind da.

(18. Juni 1938)

Die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift ZWISCHENWELT (vormals „Mit der Ziehharmonika“) ist ein einzigartiges Forum, das den Kampf gegen die Nachhaltigkeit des kulturellen Vernichtungswerkes der Nazis aufgenommen hat. Mit (auto-)biographischen Beiträgen und Dokumenten werden unzählige Vertriebene und deren Texte wieder in Erinnerung gerufen. Darüber hinaus wurde 1995 ein Verlag gegründet, der bislang über 100 AutorInnen eine Öffentlichkeit bieten konnte. Und seit 2001 vergibt die TKG alljährlich den Theodor Kramer-Preis für Schreiben im Widerstand und im Exil. Die TKG ist zu einer der tragenden Säulen der österreichischen Exilforschung geworden, die regelmäßig Tagungen (z.B. 2014 über die Zerstörung der Arbeiterkultur durch Faschismus und Nationalsozialismus) ausrichtet und ebenso Nachlässe verwahrt; so auch das Archiv der Vereinigung sozialistischer Schriftsteller unseres unvergessenen Genossen Herbert Exenberger.

EMPFEHLUNG:

Diese wertvolle Arbeit kann durch ein Abonnement der ZWISCHENWELT (pro Jahr € 30,-) oder eine Mitgliedschaft in der TKG (Jahresbeitrag incl. Abo € 50,-) unterstützt werden. Kontaktdaten: Theodor Kramer Gesellschaft, Engerthstraße 204/40, 1020 Wien. Tel. 01-720 83 84.

E-Mail: office@theodorkramer.at

Internet: www.theodorkramer.at

Heimo Gruber ■

Kapp-Putsch 1920

Früher als in Österreich war in der Weimarer Republik in der nationalistischen Rechten die Zuversicht gewachsen, dass das „republikanische Zwischenspiel“ an sein Ende gekommen wäre. Besonders in den „Freikorps“ sammelte sich der Kern eines kämpferischen, antidemokratischen Nationalismus, für den die verfassungsmäßige Regierung der „Novemberverbrecher“ einfach nur eine „Schandregierung“ war. Genosse Anton Bergauer schreibt über den Kapp-Putsch.

Am Morgen des 13. März 1920, Punkt 7 Uhr, marschierte mit der verbotenen Reichskriegsflagge an der Spitze und mit klingendem Spiel die Marinebrigade Ehrhardt durch das Brandenburger Tor. Auf den Stahlhelmen prangte bereits ein aufgemaltes Hakenkreuz. Mit Inkrafttreten des Versailler Vertrags sollten Freikorps und Reichswehr von mehr als 500.000 Bewaffneten auf 100.000 (plus 15.000 Mann für die Reichsmarine) reduziert werden. Das gefiel den Betroffenen natürlich nicht. Die reguläre Reichswehr, deren Aufgabe es gewesen wäre, die Regierung zu schützen, weigerte sich, gegen die Putschisten zu kämpfen. Reichswehr-Truppenamt-Chef von Seeckt soll gesagt haben „Truppe schießt nicht auf Truppe“.

Reichspräsident Friedrich Ebert, Reichskanzler Gustav Bauer (beide SPD) sowie der Großteil der Minister entkamen knapp

nach Dresden und flohen von dort weiter ins sicherere Stuttgart. In dieser bisher schwersten Krise der jungen Weimarer Republik sprangen die freien Gewerkschaften unter Führung von Carl Legien in die Bresche. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) rief zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (AfA) die ArbeiterInnen, Angestellten und BeamtenInnen zum Generalstreik gegen die Putschisten auf. Die gleiche Parole wurde vom Vorsitzenden der SPD Otto Wels ausgegeben. USPD, der Deutsche Beamtenbund und liberale Gewerkschaften standen nicht abseits. Obwohl der christliche Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) offiziell den Generalstreik ablehnte, schloss er sich de facto dem Kampf an und auch die Führung der (damals noch sehr kleinen) KPD, die sich zunächst dem Kampf für die Rettung

der demokratischen Republik verweigert hatte, sah sich schließlich zum Mitmachen gezwungen.

Der Generalstreik entfaltete sich mit voller Macht und entzog den Putschisten den Boden, wobei sie auch an inneren Widersprüchen scheiterten. Carl Legien erwies sich während des Generalstreiks nicht nur als glänzender Organisator und Koordinator, sondern er wurde auch zum Dreh- und Angelpunkt zwischen Reichsregierung, Koalitionsparteien, USPD und der mobilisierten Arbeiterschaft. Und man entwickelte politische und soziale Forderungen, die der Weimarer Republik ein stabileres Fundament geben sollten (Sozialisierung von Bergbau und Energiegewinnung, Demokratisierung der Verwaltung und der Betriebe, Ausbau der Sozialgesetzgebung etc.). Eine wirkliche Chance, das in der Novemberrevolution Versäumte nachzuholen, bestand allerdings nicht. Jedoch musste auch der unpopuläre Reichswehrminister Gustav Noske (SPD) zurücktreten.

In Berlin, Mitteldeutschland und vor allem im Ruhrgebiet ging der Generalstreik in linke Aufstände über. Die „Rote Ruhrarmee“ beherrschte nach schweren, oft brutalen Kämpfen zeitweise fast das ganze Ruhrgebiet. Aber nicht lange, denn bald wurde



Büro des Reichstags

1920 organisierte Carl Rudolf Legien den Generalstreik gegen den Kapp-Putsch

reguläre Reichswehr gegen diese Aufständischen eingesetzt und es entfaltete sich ein „weißer Terror“. Bereits im Juni 1920 fanden Reichstagswahlen statt, deren Gewinner die nationalliberale DVP und die rechtsaußen angesiedelte DNVP waren, dem Kabinett gehörten keine Sozialdemokraten mehr an. Für acht Jahre wurde das katholische Zentrum die tragende Regierungspartei. Wobei schon dreieinhalb Jahre später der nächste Putsch von rechts passierte, am 9. November 1923 von Hitler und Ludendorff in München. Der erfolgreiche Generalstreik gegen den Kapp-Putsch lehrt, dass eine demokratische Gesellschaft starke, freie, politische Gewerkschaften und GewerkschafterInnen braucht. Damals wie heute.

Anton Bergauer ■

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Wilhelm L. Andél, Claus Michl-Atzmüller, Waltraud Barton, Anton Bergauer, Matteo Gebhart, Heimo Gruber, Severin Holzknicht, Ali Kohlbacher, Claus Michl-Atzmüller, Helmut Müigg, Gerald Netzl, Martin Oppenauer, Brigitte Pellar, Andreas Sarközi, Gerhard Taschler

Grafische Gestaltung: Wien Work - Digital Media

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 28. Februar 2020

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 29. Mai 2020

Bitte sendet eure Beiträge samt Bildmaterial – am besten nach Rücksprache mit Genossen Gerald Netzl oder Genossen Martin Oppenauer – jeweils bis 15.00 Uhr an **martin.oppenauer@outlook.com**

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at.

Fotos: Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer
Hersteller: Wien Work - Digital Media, 1220 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer“ veröffentlichten Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

Zlnr.: GZ 02Z033355M

Österreichische Post AG
MZ GZ02Z033355M